

Gesprächspartner in der Regierung zu gewinnen als auch von den sozialistischen Parteien als Einheitskandidat akzeptiert zu werden. Daß die bekanntermaßen untereinander rivalisierenden Christdemokraten ihre Richtungskämpfe hintanstellten und sich mit den Parteien des linken Spektrums auf gemeinsame Kandidaten für das Präsidentenamt sowie das Parlament einigen konnten, erhöht die Wahlchancen der Opposition beträchtlich. (Ins Abseits manövriert hat sich die *Kommunistische Partei*, indem sie dazu aufrief, gegen das Verfassungsreferendum zu stimmen. Die Kommunisten haben in Chile ein traditionelles Wählerpotential von etwa 15 Prozent.)

Es ist abzusehen, daß das ideologisch heterogene Oppositionsbündnis im Falle eines Wahlsiegs Zerreißproben zu bestehen hat. „Enorme Anstrengung, Einigkeit, Mut und Klugheit“ seien erforderlich, so Aylwin, wenn die erste zivile Regierung nach Pinochet nicht scheitern wolle. Ihre Prioritäten: an erster Stelle die *Demokratisierung der politischen Institutionen*, sodann die „Rechtsprechung im Bereich der Menschenrechte“ und drittens eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, „die den für viele Chilenen schmerzlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten ein Ende setzt“. Im ersten Punkt weiß sich Aylwin im großen und ganzen eins mit den links von der DC stehenden Parteien.

Der zweite Punkt berührt die heikle Frage, ob und inwieweit die Militärs wegen ihrer zahllosen Menschenrechtsverletzungen in den vergangenen 16 Jahren zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Sie ist in der Opposition umstritten, obwohl das gemeinsame Regierungsprogramm eine Aufhebung der Amnestie vorsieht, für die sich das Militärregime für die schlimmen Jahre nach dem Putsch (1973–1978) selbst ausgesprochen hat. Im linken Parteienspektrum plädiert man für den „argentinischen Weg“, den verantwortlichen Offizieren den Prozeß zu machen. (In Argentinien selbst plant der neue Präsident Meném gerade eine Begnadigung der verurteilten Militärs.) Die chilenischen Christdemokraten sprechen eher vage

von einer Bewältigung der „dunklen Vergangenheit“. Seitens der Junta kündigte der Befehlshaber der Luftwaffe „ernste Konsequenzen“ an, „wenn sie uns an den Pranger zu stellen versuchen wie in Argentinien“.

Aylwins *wirtschaftspolitisches Konzept* will dem liberalen Wirtschaftskurs der bisherigen Regierung soziale Auflagen machen. Das enorme Wirtschaftswachstum hat einen hohen sozialen Preis, was von der Regierung, aber auch von westlichen Politikern, in ihrer Genugtuung etwa über die prompte Schuldentilgung Chiles, übersehen wird. Während die Oberschicht und die gehobene Mittelschicht von den hohen Exportgewinnen, der niedrigen Inflationsrate und der stabilen Kaufkraft profitierte, hatten die unteren Schichten einen weit aus geringeren Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung und zudem die Folgen der rückläufigen staatlichen Investitionen im Sozialbereich zu tragen.

### Sozialer Nachholbedarf

Das „Zentrum für Entwicklungsstudien“ (CED) in Santiago reichert die offiziellen statistischen Angaben zur Arbeitslosigkeit in Chile, die mit 8 Prozent in der Tat die niedrigste in Lateinamerika sein dürfte, um aufschlußreiche Daten an: So verdient ein Drittel der Beschäftigten im Großraum Santiago weniger als 15 000 Pe-

sos (ca. 100 DM). Der Mindestlohn liegt bei 18 000 Pesos (das ist die Hälfte des staatlich festgesetzten Mindestlohns von vor acht bzw. vor 18 Jahren). Zwei Drittel der Beschäftigten verdienen weniger als 30 000 Pesos (200 DM). Nur einer von 17 Beschäftigten hat ein Gehalt, das über 1000 DM liegt.

In Chile ist nur knapp jeder zweite Beschäftigte sozialversichert. Derzeit beziehen 70 Prozent der Rentner die Mindestrente in Höhe von 11 000 Pesos (ca. 80 DM). Die Leistungen des staatlichen Gesundheitsdienstes, den 80 Prozent der Bevölkerung in Anspruch nehmen, sinken weiter; selbst nach offiziellen Angaben fehlen 900 000 Wohnungen. Eine weitere Herausforderung für eine zivile Regierung wird das von Pinochet in den letzten Jahren privatisierte und ziemlich heruntergekommene *Erziehungswesen* sein.

Die katholischen Bischöfe Chiles brachten die soziale Problematik auf den einfachen Nenner: „Während es der nationalen Wirtschaft sehr gut zu gehen scheint, geht es sehr, sehr vielen chilenischen Familien äußerst schlecht. Die Gewinne sind schlecht verteilt, solange Löhne für viele so niedrig bleiben.“ Sozialpolitik sei vorrangig, so die Bischöfe in der Erklärung des Ständigen Rates, denn „die Armen können nicht warten“ (Johannes Paul II. in Chile) (Mensaje, März/April 1989). G. B.

## ÖRK: Auf dem Weg zur Neustrukturierung

Ein Jahr nach den großangelegten Millenniumsfeierlichkeiten, zu denen die Russische Orthodoxe Kirche zahlreiche Kirchenführer aus aller Welt eingeladen hatte (vgl. HK, Juli 1988, 320–323), tagte vom 17. bis 26. Juli in Moskau der Zentrallausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Einladung zu dieser Tagung hatte die ROK (sie ist zahlenmäßig die größte Mitgliedskirche des Rates) kurz nach

der letzten Vollversammlung des ÖRK im Sommer 1983 in Vancouver (vgl. HK, September 1983, 402–407) ausgesprochen. Damals hätte man sich nicht träumen lassen, unter wie veränderten politischen Bedingungen das Treffen in Moskau jetzt abgehalten werden konnte. Es habe sich so gefügt, sagte Zentrallausschußvorsitzender *Heinz-Joachim Held* in seinem Rechenschaftsbericht, daß die Tagung

zu einer Zeit stattfinde, „in der sich neue Wirkungsmöglichkeiten für den Dienst der christlichen Kirchen zum Besten aller Menschen in diesem Lande auftun“.

## Auskünfte über Perestroika und die Kirchen

Bei der Begrüßung der 150 Zentralaussschußmitglieder im Namen der sowjetischen Mitgliedskirchen wies Metropolit *Philaret* von Minsk (Leiter des Außenamtes der ROK) auf die neuen Möglichkeiten für Leben, Zeugnis und Dienst der Religionsgemeinschaften als Folge der „positiven Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft“ hin. Er nannte als wichtigste Gegenwartsaufgaben der Russischen Orthodoxen Kirche u. a. die Verkündigung des Evangeliums „in unserer säkularisierten Gesellschaft“, die Glaubensunterweisung von Erwachsenen, eine „Perestroika“ der theologischen Ausbildung und die Ausbildung von neuem Personal für die Arbeit in den Gemeinden, die Organisation und Ausweitung der kirchlichen Aktivitäten im Erziehungs- und Sozialbereich und die Restaurierung von Kirchen, die den Gläubigen von den Behörden zur Verfügung gestellt wurden.

Selbstkritische Töne im Blick auf die russische Orthodoxie schlug in Moskau Erzbischof *Kyrill* von Smolensk an, der bei der Ökumenischen Versammlung in Basel ein viel beachtetes Referat über das theologische Verständnis der Schöpfung gehalten hatte. In einem Forum über die „Perestroika“ räumte er ein, daß die Kirche auf ihre neue Rolle als ernstzunehmender Gesprächspartner in der sowjetischen Gesellschaft schlecht vorbereitet sei und daß sie erst allmählich auf Fragen antworten könne, die aus dieser an sie gerichtet würden.

Der sowjetische Ministerpräsident *Nikolai Ryschkow* gab für die Teilnehmer der Zentralaussschußtagung einen Empfang im Georgssaal des Kremlpalastes und versicherte bei dieser Gelegenheit, das *neue Religionsgesetz* werde dem Verhältnis zwischen Kirche und

Staat Rechnung tragen, wie es sich aus dem Geist des Prozesses der Perestroika und der Demokratisierung der Sowjetgesellschaft ergebe. Es diene dem Ziel, „das Bürgerrecht der Gewissensfreiheit legal abzusichern und alle Bedingungen für die Teilhabe der Gläubigen am Leben der Gesellschaft herzustellen“. Die Gesetzesvorlage beachte die Normen des internationalen Rechts, die der UNO ebenso wie das Schlußdokument der Wiener KSZE-Folgekonferenz, und sie werde zur landesweiten Diskussion veröffentlicht. Unter den neuen Bedingungen habe die Kirche günstige Möglichkeiten, „ihren Beitrag zu leisten zur Verwirklichung allgemein menschlicher und moralischer Normen der Lebensführung, der Bürgerpflichten und des Sowjetpatriotismus“.

Zum Abschluß seiner Tagung billigte der Zentralaussschuß eine Erklärung zu Europa, in der u. a. festgehalten wird, daß das Wiener KSZE-Dokument (vgl. HK, März 1989, 108 f.) neue Möglichkeiten für die Förderung der Religionsfreiheit, der Menschenrechte und der Rechte nationaler Minderheiten eröffne; die tiefgreifenden Veränderungen in der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern und der Ruf nach einem „gemeinsamen europäischen Haus“ hätten weitreichende Auswirkungen nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt. Daneben verabschiedete der Ausschuß wie üblich mehrere Stellungnahmen zu verschiedenen Brennpunkten der Weltpolitik: Israel, Libanon, Namibia. Eine ausführliche Erklärung wurde zur Frage der Wiedervereinigung *Koreas* verabschiedet. In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul findet im März nächsten Jahres die vom ÖRK ausgerichtete Weltversammlung im Rahmen des „konziliaren Prozesses“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung statt.

## Vorschläge zur Neustrukturierung der ÖRK-Arbeit

Mit dem Stand der Vorbereitungen zu dieser Versammlung befaßte sich der Zentralaussschuß in Moskau ebenso

wie mit Nachbetrachtungen zur Weltmissionskonferenz in San Antonio (vgl. HK, Juli 1989, 326 ff.) und dem Ausblick auf die siebte Vollversammlung, die im Februar 1991 in der australischen Hauptstadt Canberra stattfinden wird. Zur Weltversammlung von Seoul wurde inzwischen ein erster *Entwurf für einen Grundlagentext* veröffentlicht („Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Auf dem Weg zu ökumenischen theologischen Aussagen“), zu dem die ÖRK-Mitgliedskirchen sowie andere zur Versammlung eingeladenen Kirchen und Organisationen bis 15. Oktober dieses Jahres Stellung nehmen sollen. Als *Sachthemen* standen auf der Tagesordnung des Zentralaussschusses dieses Mal die Herausforderung durch die *Biotechnologie* und das Problem der Armut bzw. der weiteren Verarmung in weiten Teilen der Welt. Zur Biotechnologie wurden eine Reihe von Empfehlungen verabschiedet: Darin forderte der ÖRK u. a. ein Verbot von Genuntersuchungen zum Zweck der Geschlechtsselektion und gentechnischen Experimenten an der menschlichen Keimbahn, eine strenge Kontrolle von Experimenten mit gentechnisch veränderten somatischen Zellen und ein Verbot der Leihmutterchaft.

Die wichtigste Entscheidung, die der Zentralaussschuß in Moskau traf, war zweifellos die Einrichtung eines Ausschusses, der die Programmarbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen überprüfen und dem Zentralaussschuß auf seiner nächsten Tagung im März 1990 konkrete Beschlußvorschläge zur Reorganisation des Programms machen soll. Grundlage der Überprüfung werden nicht zuletzt die kritischen Anmerkungen zur derzeitigen Struktur und Arbeit des ÖRK sein, die eine Ad-hoc-Gruppe im Auftrag des Exekutivausschusses erarbeitete und die dem Zentralaussschuß bei seiner Moskauer Tagung vorlagen.

In dieser Studie werden schwerwiegende Mängel der seit 1971 bestehenden Struktur des ÖRK (drei Programmeinheiten mit entsprechenden Untereinheiten) aufgelistet. Die Programme des Rates wiesen in zu viele Richtungen; die große Anzahl der Un-

tereinheiten mache es schwierig, sich auf Arbeitsschwerpunkte zu beziehen oder einen allgemeinen Überblick zu gewinnen; es habe einen Zuwachs an Verwaltungs- und Entscheidungszentren und infolgedessen Verwirrung im Blick auf die Rolle der verschiedenen Gremien gegeben; in Fragen der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen im ÖRK seien Spannungen und Schwierigkeiten entstanden. Es müßten jetzt Strukturen geschaffen werden, „die die klassische Vision des ÖRK verkörpern und dennoch flexibel genug sind, auf die Herausforderungen und Möglichkeiten der Gegenwart einzugehen“. Es brauche eine klarere Identität und Profilierung des ÖRK und eine stärkere Verdeutlichung der biblischen und theologischen Grundlage der ÖRK-Programme. Konkret wird empfohlen, die jetzige Gliederung der Arbeit des Rates nach Einheiten aufzugeben und die derzeitigen Untereinheiten zu einer kleineren Anzahl von Verwaltungsstrukturen zusammenzufassen.

Generalsekretär *Emilio Castro* hatte schon bei der Tagung des Zentralaussschusses im Sommer 1988 in Hannover (vgl. HK, Oktober 1988, 463 ff.) ähnliche Überlegungen zu möglichen Veränderungen in der Arbeitsweise des ÖRK angestellt und darauf hingewiesen, möglicherweise führe die bisherige Organisationsform zu immer neuen Programmen und verzettelte die

Kraft in unabhängig voneinander operierenden Abteilungen. In Moskau wurde Castro vom Zentralaussschuß jetzt einstimmig dazu aufgefordert, einen Konsultationsprozeß zum grundlegenden Selbstverständnis des ÖRK, zu seinem Verhältnis zu den Mitgliedskirchen sowie zu Nichtmitgliedskirchen und anderen christlichen Gruppen einzuleiten. Daß hier die wunden Punkte für den Ökumenischen Rat liegen, wurde auch aus dem Bericht von Heinz-Joachim Held bei der Zentralaussschußtagung deutlich. Held: Der ÖRK habe zwar eine besondere „prophetische“ Rolle gegenüber den Kirchen, um sie zur Einigkeit im Glauben und zur solidarischen Gemeinschaft in der Liebe und der Gerechtigkeit herauszufordern. „Aber dieses beiderseitige Verhältnis ist keine Einbahnstraße. Es ist nicht von vornherein ausgemacht, daß der Ökumenische Rat bei kontroversen Fragen und offenen Entscheidungen gegenüber seinen Mitgliedskirchen im Recht ist.“

### Schritte in die richtige Richtung

Bis zur nächsten Vollversammlung Anfang 1991, auf der ein neuer Zentralaussschuß gewählt wird, bleibt nicht mehr sehr viel Zeit. Es ist deshalb wenig wahrscheinlich, daß von

Canberra wesentliche, grundlegende Schritte zur Neustrukturierung der Arbeit des Ökumenischen Rates unternehmen werden, zumal es Aufgabe der Vollversammlung ist, über künftige Programmrichtlinien zu beschließen. Die Vorschläge, die in Moskau auf dem Tisch lagen und bei der nächsten Tagung des Zentralaussschusses vermutlich breiter diskutiert werden, weisen allerdings in die richtige Richtung. Der ÖRK muß im Grunde genommen strukturell und inhaltlich-theologisch seinen *Ort im Ganzen der ökumenischen Bewegung* neu bestimmen. Auf diesem Hintergrund kann dann auch die Frage nach dem Verhältnis des Rates zur katholischen Kirche neu gestellt werden, die in Moskau nur en passant behandelt wurde. Man stellte im entsprechenden Bericht mit „Dankbarkeit die Fortschritte bei der Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche und den Mitgliedskirchen des ÖRK auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene“ fest und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, „daß der Sechste Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe (von ÖRK und katholischer Kirche) bis zur Sitzung des Zentralaussschusses im März 1990 vorliegen und neue Perspektiven für bedeutsame künftige Schritte im Bereich der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem ÖRK auf weltweiter Ebene erkennen lassen wird“.

U. R.

## Auf dem Weg zum Parlamentarismus?

### Die Veränderungen im politischen System der Sowjetunion

*In Moskau tagte bis Anfang August erstmals der neue Oberste Sowjet der UdSSR, der Ende Mai vom neuen Kongreß der Volksdeputierten gewählt wurde. Damit ist die erste Etappe des Umbaus im politischen System der Sowjetunion abgeschlossen, der zu den Kernelementen von Gorbatschows Reform gehört. Inzwischen ist eine Kommission gebildet worden, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Eberhard Schneider, Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, faßt die bisherigen Maßnahmen und Prozesse der Umgestaltung des politischen Systems der Sowjetunion, bei dem sich die Gewichte zugun-*

*sten parlamentarischer Verfahren zu verschieben beginnen, zusammen.*

Die Überraschung der 19. Parteikonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 war die Verkündung einer Reform des sowjetischen politischen Systems. Gorbatschow sah sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil sich sonst – so der Generalsekretär auf der Parteikonferenz – die Wirtschaftsreform totlaufen werde. In seinem Referat schlug Gorbatschow vor, die „unumschränkte Macht (polnovlastie) der Sowjets“ zu neuem Leben zu erwecken: